

PRATTLER post

Inhaltsverzeichnis (in Klammer Seitenzahl)

- Liebe Leser:innen - Ein Prattler als Regierungsrat (1)
- Unsere Empfehlungen (1) • Einsatz lohnt sich: von frühen Überzeugungen zu gemeinsamer Gestaltung (2)
- Demokratie (2) • 10-Millionen-Schweiz – Grün und gegen Nachhaltigkeit? (3) • Impressum (3) • NEIN zur Energieinitiative – Freiheit bedingt Versorgungssicherheit (4) • Ja zum Zivi – Nein zum Gesetz (5)
- Der erste Teil der umgestalteten Rheinstrasse (5)
- Neue Ortsdurchfahrt Birsfelden (5) • Neu im Einwohnerrat (6) • Mehr Wir-Gefühl mit «Zämme in Europa» (6) • Ja zur Ortsdurchfahrt Birsfelden (7)
- Pratteln und seine Finanzen (7) • Gegen die Verschärfung des Zivildienstgesetzes (8) • Gemeindepräsidium: Wir empfehlen Rahel Graf Bianchi (8)



Liebe Leser:innen

Am 14. Juni 2026 stehen wichtige Regierungswahlen an. Es geht um die Zukunft unseres Baselbiets – um verlässliche Führung, um kluge Entscheidungen und um eine Politik, die nah bei den Menschen bleibt. Gerade in bewegten Zeiten braucht es Persönlichkeiten, die Verantwortung übernehmen, zuhören und handeln.

Mit Philipp Schoch stellt sich ein Kandidat zur Wahl, der wie kaum ein anderer für Pratteln und unsere Region steht. Seit 1973 ist Pratteln seine Heimat. Hier ist er verwurzelt, hier engagiert er sich mit Überzeugung und Ausdauer für das Gemeinwohl. Wer ihn kennt, weiss: Philipp Schoch steht für Verlässlichkeit, Sachlichkeit und die Fähigkeit, Brücken zu bauen.

Seine politische Erfahrung ist breit und fundiert. Während 15 Jahren im Landrat – darunter als Landratspräsident 2016/17 – hat er die kantonale Politik aktiv mitgestaltet. Als langjähriger Präsident der Umweltschutz- und Energiekommission kennt er die Herausforderungen der Energie- und Umweltpolitik bis ins Detail. Seit sechs Jahren bringt er sich als Gemeinderat in Pratteln ein und weiss aus erster Hand, wo der Schuh in unseren Gemeinden drückt.

Auch beruflich trägt Philipp Schoch grosse Verantwortung: Als Leiter der Notfallzentren des Kantonsspital Baselland (KSBL) führt er ein Team von über 100 Mitarbeitenden. Tag und Nacht sorgt er gemeinsam mit ihnen für eine funktionierende medizinische Versorgung. Diese Aufgabe verlangt nicht

Unsere Empfehlungen zum 14. Juni 2026

Eidgenössische Abstimmung

Nein zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»

Nein zum Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG)

Kantonale Abstimmungen

Ja zur Verfassungsinitiative «Für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)»

Nein Gesetzesinitiative «Energiepolitik nur mit der Bevölkerung»

Ja zur neuen Ortsdurchfahrt Birsfelden

Ersatzwahl für den Regierungsrat

Philipp Schoch

Wahl als Gemeindepräsidentin

Rahel Graf Bianchi

nur Fachkompetenz, sondern auch Führungsstärke, Empathie und Entscheidungsfähigkeit – Qualitäten, die auch in der Regierung gefragt sind.

Philipp Schoch denkt voraus. Für ihn ist klar: Die Energiewende braucht einen konkreten Fahrplan. Innovation gelingt nur, wenn sie sozial gerecht gestaltet wird. In der Raumplanung gilt es, sowohl die Natur als auch die Menschen zu entlasten. Und als Tor zur Schweiz braucht das Baselbiet eine zukunftsfähige Verkehrspolitik. Dabei setzt er auf Zusammenarbeit, auf nachhaltige Lösungen und auf eine Politik, die das Ganze im Blick behält.

Verankert in der Region, erfahren in der Politik und stark in der Führung – Philipp Schoch bringt alles mit, was es für das Regierungsamt braucht.

Darum empfehlen wir unseren Prattler Mann mit Überzeugung zur Wahl in den Regierungsrat.

Zämme. Vorwärts. Baselbiet.

Stephan Ackermann, Landrat, Fraktionspräsident GRÜNE/EVP
stephan.ackermann@unabhaengigepratteln.ch



Einsatz lohnt sich: Von frühen Überzeugungen zu gemeinsamer Gestaltung

Politik lebt nicht von kurzfristigen Versprechen, sondern von Beharrlichkeit und der tiefen Verwurzelung in den Themen, die eine Gemeinde bewegen. Dass sich konsequentes Engagement in

Pratteln auszahlt, beweisen die **Unabhängigen Pratteln** (UP) tagtäglich. Drei unserer profiliertesten Köpfe verkörpern diesen Weg besonders eindrücklich: **Philipp Schoch**, **Stephan Ackermann** und **Petra Ramseier**.

Was diese drei verbindet, ist weit mehr als ihre aktuelle Arbeit im Gemeinderat oder Landrat. Ihr politischer Kompass wurde bereits in ihrer Jugend geeicht. Alle drei haben sich schon früh, oft noch vor dem Erreichen der Volljährigkeit, mit gesellschaftlichen Fragen auseinandergesetzt. Es war der Wille, nicht nur zuzuschauen, sondern Verantwortung für die Gemeinschaft zu übernehmen, der sie damals in die Politik führte – ein Feuer, das bis heute brennt.



Philipp Schoch zeigt, dass Beständigkeit Vertrauen

schafft. Schon in jungen Jahren aktiv, bringt er heute als erfahrener Gemeinderat und Regierungsratskandidat der Grünen Prattler Anliegen auf die kantonale Ebene. Als ehemaliger Landratspräsident weiss er: Wer über Jahrzehnte verlässlich für Umwelt und soziale Gerechtigkeit einsteht, kann echte Veränderungen bewirken. Sein Weg ist das beste Beispiel dafür, dass aus jugendlichem Idealismus nachhaltige Realpolitik wachsen kann.

Stephan Ackermann führt diese Tradition der Unabhängigen im Landrat fort und präsidiert die Fraktion der Grünen/EVP. Auch bei ihm reicht das politische Interesse weit in die Jugend zurück. Sein politisches Engagement ist breit: Er wirkt heute in der Bau- und Planungskommission sowie in der Justiz- und Sicherheitskommission – und ist dabei immer unterwegs mit Raum für echte Kompromisse statt ideologischer Gräben.

Petra Ramseier komplettiert dieses starke Team in der Exekutive. Als Biologin bringt sie ökologischen Sachverstand direkt in den Gemeinderat. Schon früh engagierte sie sich für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Heute sorgt ihr Fokus auf Naturschutz und eine nachhaltige Quartierentwicklung dafür, dass Pratteln auch für kommende Generationen lebenswert bleibt. Sie ist eine Stimme, die hinhört und Lösungen dort anpackt, wo sie gebraucht werden.

Dieser Dreiklang aus jahrzehntelanger Erfahrung und der Energie, die schon in ihren Anfängen spürbar war, zeigt deutlich: Der Einsatz lohnt sich. Er lohnt sich für eine lebendige Demokratie und ein Pratteln, in dem wir uns alle zu Hause fühlen. Wir bei den Unabhängigen bleiben für Sie dran – mit Herzblut, Sachverstand und der gleichen Leidenschaft wie am ersten Tag.

Patrick Weisskopf, Einwohnerrat
patrick.weisskopf@unabhaengigepratteln.ch



Demokratie

Wenn wir in die Welt hinausblicken, sind antidemokratische Strömungen ein besorgniserregender Trend. Ein paar Superreiche bestimmen Staatsform, Wirtschaft, Politik und vermischen die Gewaltentrennung. Demokratien demonstrieren sich vor unseren Augen zu Autokratien. Verunsicherung einer Bevölkerung, vermischt mit verzerrten Wahrnehmungen in den sozialen Medien sind Nährboden für extreme Haltungen. Da ist es eine wahre Wohltat, wenn wir auf Ungarn blicken, wo der Wunsch nach Wiederherstellung demokratischer Werte obsiegt. Von der 3.Wellenbewegungen redete hier u.a. Huntigton. Bewegung und Gegenbewegung. Es ist doch auch ein

Hoffnungsschimmer, wenn sich plötzlich Imame und das katholische Oberhaupt zusammenschließen (wie in Algerien), um für Frieden einzustehen. Gerade Institutionen, die in Vergangenheit in Verruf geraten sind.

Die Schweizer Demokratie steht im internationalen Vergleich (V-Dem Index University of Gotheborg, 2026) auf dem 4. Platz und zeigt sich nach wie vor stabil, doch der Bericht insgesamt ist dramatisch. Ist nun in der Schweiz alles beim Besten? Die Schweizer Demokratie steht vor gesellschaftlichen Belastungsproblemen. Emotionale Polarisierung schwächt auch bei uns die Kompromissbereitschaft, demokratische Prozesse geraten unter Druck. Politische Gegner werden immer schneller zum Feind. Wir müssen uns bewusst sein: Ohne Kompromisswillen gibt es keine Demokratie. Ohne Regelwerk ebenso. Unsere Demokratie schliesst ausserdem immer noch rund 30% der Wohnbevölkerung aus. Eine Nichtteilhabe bedeutet für viele als Bürger*innen 2.Klasse zu gelten. Sie verunmöglicht Integration. Inklusion gehört aber zu einer funktionierenden Demokratie. Demokratie heisst also nicht per se Gerechtigkeit. Ein weiterer Faktor ist die Demokratiemüdigkeit oder das Gefühl, dass Politik «nicht funktioniere». Ja, Demokratie ist anstrengend. Tragfähige Lösungen brauchen ihre Zeit. Kompromissfindung ebenso. Schnelle Lösungen führen oft ins Abseits, ins Extreme.

Was heisst das nun für uns alle in Pratteln, als Politiker*in und Bürger*in? Das Schöne am Schweizer System ist es, dass wir die kommunale Ebene haben. Sie ist eine echte Perle, auch wenn die Herausforderungen gross sind. Doch gerade hier ist Politik spürbar. Wir sehen die Reaktionen, wir können die Sachlage vor Ort prüfen. Ein direktes Feedback ist möglich. Wir hören die Ängste wie jüngst bei der Infoveranstaltung zum Erstaufnahmehaus und wissen, dass zur Längi ganz besonders Sorge getragen werden muss. Gute Lösungen zu finden ist dabei ein Prozess. Dazu müssen wir immer wieder genau hinsehen und uns selbst hinterfragen. Das versuchen wir als Unabhängige. Vielen Dank für Euer Vertrauen und Eure Rückmeldungen an uns! Wir bleiben dran.

Billie Grether, Einwohnerrätin
billie.grether@unabhaengigep Pratteln.ch

Impressum

Auflage: 8'900 Exemplare
 Redaktion: Rolf Ackermann
 Fotos: Rolf Ackermann / Christoph Zwahlen
 Kontakt: Unabhängige Pratteln
 Schlosstrasse 51, 4133 Pratteln
 PC: 40-375986-3
 IBAN: CH63 0900 0000 4037 59863

www.unabhaengigep Pratteln.ch
 © Unabhängige Pratteln, 2026



10-Millionen Schweiz - Grün und gegen Nachhaltigkeit?

Wie kann es sein, dass ich, ein Mitglied des Jungen Grünen Bündnisses und Landratskandidat der Grünen, mich gegen eine Initiative ausspreche, die sich «nachhaltig» schimpft, wenn gleich doch meine Generation noch am längsten und am schlimmsten unter den Folgen der Klimakatastrophe leiden wird?

Bei der Abstimmung vom 14. Juni handelt es sich nicht um einen Boykott der rechts-konservativen Politiklandschaft – à la «weil die Initiative von der SVP kommt, sind wir dagegen» (davon bin ich per se eh kein Fan). Wir stimmen über einen Grundsatz der Schweiz ab: Wie wir mit unseren Nachbarn – sowohl international als auch wortwörtlich – umgehen.

Beginnen muss ich, indem ich der SVP recht gebe: Ja, die Mieten sind zu hoch. Ja, Versiegelung der Natur muss verhindert werden. Ja, die Züge sind überfüllt. Ja, das Gesundheitswesen ist stark belastet. Nur bis hier und nicht weiter gebe ich recht, denn jedes Mal, wenn ein Kompromiss auf dem Tisch lag, eines dieser Probleme anzugehen, war es die SVP, die alles gab, um Lösungen zu verhindern. Nicht die Zuwanderung und unsere Partnerschaften mit europäischen Nachbarn sind das Problem. Trotzdem will die SVP die Kündigung der Personenfreizügigkeit (vom 21. Juni 1999) in die Bundesverfassung schreiben. Dies hätte verheerende Folgen. Die Beziehung zu unserer wichtigsten Handelspartnerin, der EU, würde massiv leiden, ein prekäre Wirtschaftslage unausweichbar. Auch würden uns Arbeitskräfte aus dem Badischen und Elsass fehlen, die an unsere Renten zahlen und gerade für das ausgelastete Gesundheitswesen unabdingbar sind. Doch nicht nur unsere Wirtschaft und internationale Beziehungen wären geschwächt, auch der Freiheit beraubt blieben wir isoliert. Freireisen durch Europa, ein kurzer Ausflug ans Meer oder für ein Konzert geschwind nach Deutschland; all das wäre passé.

Um die SVP zu zitieren: «Wir alle wollen weiterhin in einem sicheren und wohlhabenden Land leben». Doch genau diesem Wohlstand, dieser Sicherheit wird von Seiten SVP der Strick um den Hals gelegt. Bei der «Nachhaltigkeits-Initiative» handelt es sich um einen hetzerischen Chaos-Wolf, im Schafspelz der Nachhaltigkeit. Also ich, als Grüner, bin durchaus für Nachhaltigkeit, doch auch nur wenn sie faktisch nachhaltig ist. Herzlichen Dank für Ihr «Nein» zur Chaos-Initiative am 14. Juni.

Timon Mauer, Mitglied Junge Grüne



NEIN zur Energieinitiative – Freiheit bedingt Versorgungssicherheit

Was bei der Initiative «Energiepolitik nur mit der Bevölkerung» auf den ersten Blick verlockend demokratisch wirkt, entpuppt sich beim genaueren Hinschauen als Bremsklotz, nicht als Mehrwert durch Mitsprache.

Was die Initiant:innen mit „Mitsprache des Volkes“ anpreisen, ist in Wirklichkeit ein unnötiges Brems- und Umkehr-manöver: Die Initiative hält an der **alten Fassung von 2017** fest. Ohne Rücksicht darauf, dass das Energiegesetz im 2024 vom Volk mit 54,31% deutlich angenommen wurde.

Das ist nicht nur politisch unklug – es ist auch rechtlich heikel. Das eidgenössische Energiegesetz verpflichtet die Kantone ausdrücklich, Vorschriften über den maximal zulässigen Anteil nicht erneuerbarer Energien zur Deckung des Wärmebedarfs für Heizung und Warmwasser zu erlassen. Wer diese kantonalen Regelungen abschafft, gerät in Konflikt mit dem Bundesrecht: Das Bundesgericht stützte das Öl- und Gasheizungsverbot! Das Baselbiet würde sich damit ins Abseits manövrieren.

Die geopolitische Lage hat sich fundamental verändert. Der Krieg in der Ukraine – und jetzt auch jener im Iran – führen uns eindringlich vor Augen, wie abhängig wir noch immer von importierten fossilen Energieträgern sind. Der Angriff auf Katar und dessen Flüssiggasproduktionsanlagen und der Druck auf die Lieferketten (Strasse von Hormus) sind deutliche Beispiele, wie verwundbar das globale Energiesystem in bestimmten Bereichen ist. Wer heute den einheimischen Ausbau erneuerbarer Energien und einer sicheren, eigenen Infrastruktur verschleppt, riskiert auch schon heute oder spätestens morgen Versorgungsengpässe, starke Energiepreisanstiege und politische Repressalien. Klar ist: Je kleiner unsere Abhängigkeit von fossiler Energie, desto kleiner die Folgen für Wirtschaft und Haushalte.

Demokratie bedeutet nicht, dass jede Weichenstellung einen zeit- und kostenintensiven Abstimmungs-marathon auslösen muss.

Unser Kanton braucht eine Energiepolitik, die vorwärts macht: Für unsere eigene Versorgungssicherheit. Für unsere Wirtschaft. Für kommende Generationen.

Deshalb: **Nein** zur Initiative

Franziska Senn, Vorstandsmitglied UP
franziska.senn@unabhaengigepratteln.ch



Das Schloss Pratteln im Abendlicht

STARK IM TEAM

AM 14. JUNI
PHILIPP SCHOCH
 IN DEN REGIERUNGSRAT

ZÄMME. VORWÄRTS. BASELBIET.



Ja zum Zivi – Nein zum Gesetz

Ich bin Zivi – und bin stolz darauf. Schon bei der Rekrutierung wusste ich, wie rund zwei Drittel aller Diensttauglichen, dass ich meinen obligatorischen Dienst unserer Gesellschaft widmen will. Kurz nachdem ich der

Armee meinen «Gewissenskonflikt» erklärt hatte, erhielt ich meine persönliche Gasmasken, den Grabstein und Namensschilder. Aber immerhin - auch die Armee leistet einen gesellschaftlichen Dienst: beim Aufbau von Skirennen, beim Versenken von Munition in Seen und Bergen oder wenn sie bei fragwürdigen Beschaffungen über den Tisch gezogen wird. Da kann man sich fragen, wer der BöFei (Militärslang für «Böser Feind») ist. Immerhin ist unsere Verteidigungsfähigkeit gewährleistet, oder...?

Doch Zynismus greift zu kurz. Entscheidend ist die Frage der Prioritäten. Wollen wir immer mehr (Steuer-)Geld in die Rüstungs- und Kriegsindustrie stecken – oder dort investieren, wo der Bedarf im Alltag offensichtlich ist? Es mangelt an Kita-Plätzen, an Lehrpersonen und an Pflegepersonal. In genau diesen Bereichen leistet der Zivildienst einen konkreten, spürbaren Beitrag. Zivis entlasten Fachpersonal, unterstützen den Alltag und schaffen dort Mehrwert, wo er unmittelbar und effektiv ist. Diese Arbeit ist nicht ersetzbar durch abstrakte Sicherheitsversprechen.

Umso schwieriger ist es nachzuvollziehen, weshalb der Zivildienst seit Jahren politisch unter Druck steht. Verschärfte Zulassungsbedingungen und zusätzliche Hürden haben ihn bereits unattraktiver gemacht. Die sechs vorgeschlagenen Massnahmen des Zivildienstgesetzes setzen diesen Kurs fort. Weniger Zivis bedeutet auch weniger Unterstützung für jene Einrichtungen, die auf sie angewiesen sind. Gleichzeitig überschreitet die Armee ihren Sollbestand deutlich. Von einem akuten Personalmangel beim Militär kann also kaum die Rede sein. Vor diesem Hintergrund wirkt es widersprüchlich, ein funktionierendes System zu

schwächen, das breite gesellschaftliche Akzeptanz genießt. Die entscheidende Frage lautet daher: Wer übernimmt diese Aufgaben künftig? Eine überzeugende Antwort blieb für mich bislang aus. Wer eine tragende Säule des gesellschaftlichen Engagements erhalten will, stimmt am 14. Juni «NEIN»!

Nicola Steiner, *Einwohnerrat*
nicola.steiner@unabhaengigep Pratteln.ch



Der erste Teil der umgestalteten Rheinstrasse

Am 6. Mai wird die umgestaltete Rheinstrasse eingeweiht. Dies wurde möglich, weil der Verkehr seit einiger Zeit über die neu gebaute Rauricastrasse der Autobahn entlanggeführt wird. Die ehemalige überbreite Autostrasse wurde zwischen

der Einmündung der Salinenstrasse und dem Längi-Quartier in einen einladenden Langsamverkehrs Boulevard umgestaltet. Eine Velo-fahrbahn und ein Fussweg, getrennt durch eine neu angelegte Baumreihe, laden zum zügigen Fahren, zum gemütlichen Spazieren ein. Ein schön eingerichteter Rastplatz mit Grillstelle, Holzschuppen und Sitzgruppen sowie etwas weiter gegen die Längi zwei Sitzbänke laden zum Verweilen ein. Verschiedene Vegetationstypen wurden zwischen dem Waldrand des Rheinbordes und dem Fussweg angelegt und mit vielerlei Sträuchern bepflanzt – nun, wo alles grünt und blüht, kann man erahnen, was in einigen Jahren daraus werden kann.

Leider fehlt beim Rastplatz, der zu einem längeren Bleiben einlädt, eine Toilette. Da gehört dringend ein Kompotoi-WC oder etwas ähnliches hin, denn sonst sieht es dort am Waldrand bald wirklich „verschissen“ aus. Auch fehlen entlang dem übrigen Wegstück Abfalleimer, z. B. beim Hardwasser und dort, wo Zugänge vom Rheinuferweg her münden.



Die umgestaltete Rheinstrasse der Rheinebene – Fotos: Christoph Zwahlen

Und wieder einmal werden die schwächsten Verkehrsteilnehmenden übergangen: Die Gemeinde hat Ende letzten Jahres rasch das Ende der Lohagstrasse privatisiert und gegen die Rheinstrasse hin abgezäunt. Der versprochene Ersatzweg hinter der "First-Stop-Reifenwerkstatt" durch wartet hingegen immer noch auf seine Realisierung – na ja, es sind ja nur Menschen zu Fuss...

Ich hoffe, dass durch die Längi Richtung Augst mit der geplanten Neugestaltung der Rheinstrasse bald eine wo die Situation sehr unbefriedigend ist, eine Lösung für den Langsamverkehr gefunden wird, die der umgestalteten Rheinstrasse in nichts nachsteht.

Christoph Zwahlen, Einwohnerratspräsident
christoph.zwahlen@unangigepratteln.ch



Neu im Einwohnerrat

Am 04.05.2026 werde ich als Nachfolgerin von Bernhard Zwahlen erstmals an der Einwohnerratssitzung teilnehmen. Ich habe durchmischte Gefühle, einerseits freue ich mich sehr ein Teil der Prattler Politik zu sein, andererseits bin ich nervös, weil es für mich Neuland ist. Ich bin Ende Juli 1984 in die Schweiz, d.h. nach Pratteln, gekommen und bin hier aufgewachsen. Nach der obligatorischen Schulzeit habe ich die DMS II und anschliessend die Lehre als Damenschneiderin EFZ absolviert. Später habe ich die KV nach Artikel 41 absolviert und insgesamt 10 Jahre als Sachbearbeiterin der Sozialhilfebehörden, unter anderem auch in Pratteln gearbeitet. Seit gut 23 Jahren bilde ich als Dolmetscherin eine Brücke zwischen zwei sehr

mich natürlich für Nachhaltigkeit und Umwelt einsetzen, denn ich bin der Überzeugung, dass jede Entwicklung nur unter Berücksichtigung der Natur und Umwelt zukunftsfähig ist. Pratteln ist meine Heimat und ich hoffe, meinen Beitrag für einen weiterhin schönen Lebensort für Alle leisten zu können. Ich bedanke mich für das mir entgegengebrachte Vertrauen und freue mich auf die neuen Herausforderungen als Einwohnerrätin.

Sehriban Sezer Koez, Einwohnerrätin
sehriban.sezerkoez@unabhaengigepratteln.ch



Mehr Wir-Gefühl mit «Zämme in Europa»

Kultur, Wirtschaft, Bildung, Infrastruktur: das Dreiland ist grenzübergreifend vernetzter als kaum eine andere Region in der Schweiz. Die Initiative «Zämme in Europa» über die wir am 14. Juni 2026 abstimmen verlangt, dass die Kantonsverfassung um folgenden Paragraphen ergänzt wird: «Der Kanton setzt sich für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern ein.» Die Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt hat im September bereits über ein gleichlautendes Anliegen abgestimmt und es mit rund 64,5 Prozent der Stimmen gutgeheissen. Die Baselbieter Regierung möchte lieber auf den Verfassungsartikel verzichten, da die Beziehungen bereits gut seien, wie sie sind. Stichwort Symbolpolitik.

Für mich ist «Zämme in Europa» ein Stück weit symbolisch, jedoch – wie auch andere Verfassungsartikel – vermittelt er einen gewichtigen Grundwert: Zusammenarbeit ist besser als Alleingänge und

Abschottung. Zusammenarbeit, menschlicher Austausch, gemeinsames Supporten und Halt geben über Grenzen hinweg, sozusagen eine Anit-MAGA-Bewegung.

Grenzübergreifende Zusammenarbeit bringt, neben vielen praktischen Vorteilen im Alltag, wie beispielsweise das U-Abo, das auch über die Landesgrenze hinweg gilt, eine langfristige Stabilität, die Krisenzeiten und autoritäres Geplänkel entgegenhalten kann. Der aussenpolitische Handlungsspielraum eines Kantons mag beschränkt sein, da Aussenpolitik grundsätzlich Sache des Bundes ist, dennoch gehört der Zämme-in-Europa-Artikel in unsere

Kantonsverfassung, denn alles, was uns näherbringt – wenn auch nur im Kleinen – und das Miteinander stärkt, ist für mich unterstützenswert.

Delia Moldovanyi, Einwohnerrätin
delia.moldovanyi@unabhaengigepratteln.ch



unterschiedlichen Sprachen und ermögliche als Kulturvermittlerin ein besseres Verständnis für einander. Die positiven Erfahrungen im Dolmetschen werden mich auch in der Politik eng begleiten. Ich werde die Stimme der Benachteiligten und Vergessenen in der Bevölkerung sein. Auch werde ich



Ein klares Ja zur Neuen Ortsdurchfahrt Birsfelden

Die Birsfelder Hauptstrasse ist seit Jahrzehnten ein Schauplatz unerfüllter Visionen. Von Tunnel-ideen bis zu Parallelstrassen wurden viele Konzepte diskutiert, doch die Situation blieb ein

unbefriedigendes Provisorium. Mit dem Projekt „Neue Ortsdurchfahrt Birsfelden“ (NOB) liegt nun endlich eine umfassende Planung vor, die weit mehr ist als eine blasse Sanierung.

Das 80-Millionen-Bauwerk, welches der Landrat mit einer überwältigenden Mehrheit von 68 zu 7 Stimmen stützte, ist ein fairer Kompromiss. Es kombiniert moderne Infrastruktur – wie neue Tramgleise, Velospuren und Kreisel – mit einer städtebaulichen Aufwertung, die den öffentlichen Raum sicherer und attraktiver macht. Davon profitieren Anwohnende, das Gewerbe und künftige Mieter gleichermaßen.

Kritiker fordern Nachbesserungen, doch ein „Nein“ wäre fatal: Der Kanton müsste dennoch rund 50 Millionen Franken in zwingende Unterhaltsarbeiten investieren, ohne dass Birsfelden einen Mehrwert erhielte. Die Chance auf eine moderne, durchdachte Zentrumsgestaltung wäre für Jahre vertan.

Die NOB ist keine Ideallösung für Einzelinteressen, sondern ein Sieg für das Gemeinwohl. Es ist Zeit, die „unendliche Geschichte“ der Planung zu beenden und mit einem klaren Ja den Weg für eine zukunftsfähige Gemeinde freizumachen.

Stephan Ackermann, Landrat, Fraktionspräsident GRÜNE/EVP
stephan.ackermann@unabhaengigep Pratteln.ch



Pratteln und seine Finanzen

Wie hoch sollen die Steuern sein, damit es sowohl der Bevölkerung als auch der Gemeinde Pratteln langfristig gut geht? Diese Frage steht im Zentrum der aktuellen finanz-politischen Diskussion und verdient eine differenzierte Betrachtung.

Aus meiner Sicht wurde in der Vergangenheit eine wichtige Chance verpasst: In wirtschaftlich guten Zeiten wären stabile und ausreichend bemessene Steuersätze notwendig gewesen, um gezielt Rücklagen für absehbare Investitionen zu bilden. Stattdessen wurden finanzielle Spielräume zu wenig konsequent genutzt. Heute zeigt sich die Konsequenz dieser Entwicklung deutlich – die Gemeinde steht vor erheblichen finanziellen Herausforderungen, die sich nicht kurzfristig lösen lassen.

Viele der aktuell anstehenden Investitionen sind keineswegs überraschend. Es handelt sich grösstenteils um dringend notwendige Renovationen und Neubauten, etwa bei Schulgebäuden, Infrastrukturanlagen oder öffentlichen Einrichtungen, die seit Jahren bekannt und planbar waren. Umso mehr stellt sich die berechtigte Frage, weshalb nicht frühzeitig und vorausschauend entsprechende Mittel bereitgestellt wurden. Rückblickend wirkt die damalige Finanzpolitik in Teilen zu kurzfristig und zu wenig nachhaltig ausgerichtet.

Gerade deshalb erscheint es sinnvoll, über eine stabilere und nachhaltigere Steuerstrategie nachzudenken. Wäre es nicht zielführender, die Steuern auf einem konstanten, aber finanzierungssicheren Niveau zu halten, anstatt sie je nach aktueller Lage zu stark schwanken zu lassen? Ein solches Modell könnte dazu beitragen, Planungssicherheit zu schaffen, notwendige Investitionen rechtzeitig zu finanzieren und gleichzeitig extreme Belastungsspitzen für die Bevölkerung zu vermeiden.

Natürlich ist jede Steuererhöhung ein sensibles Thema und für viele Haushalte spürbar. Dennoch sollte die Diskussion ehrlich geführt werden: Eine dauerhaft zu tiefe Steuerbelastung kann langfristig teurer werden, wenn notwendige Investitionen aufgeschoben werden und später unter Zeitdruck nachgeholt werden müssen. Dies führt oft zu höheren Kosten und weniger Handlungsspielraum. Langfristig braucht Pratteln eine Finanzpolitik, die nicht nur auf aktuelle Bedürfnisse reagiert, sondern vorausschauend plant und Prioritäten klar setzt. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Gemeinde auch in Zukunft handlungsfähig bleibt und ihre Infrastruktur sowie ihre Lebensqualität nachhaltig sichern kann. Höhere Einnahmen dürfen jedoch keinesfalls dazu führen, dass die Gemeinde ihre Sparanstrengungen vernachlässigt; vielmehr bleibt es zentral, weiterhin verantwortungsvoll zu wirtschaften und öffentliche Gelder mit Augenmass und Sorgfalt einzusetzen.

Gerold Stadler, Einwohnerrat
gerold.stadler@unabhaengigep Pratteln.ch





Wir empfehlen Rahel Graf Bianchi zur Wahl als Gemeindepräsidentin

Es ist Zeit für eine Gemeindepräsidentin – und mit Rahel Graf Bianchi haben wir eine sehr gute Kandidatin für dieses anspruchsvolle Amt. Sie politisiert echt, ehrlich und offen und es geht ihr um das Wohl der Menschen und der Gemeinde.

In Pratteln soll es sich gut leben lassen, sowohl im alten Teil wie auch in den neuen. Sie setzt sich ein für Kinder, Jugendliche und Familien. Aber auch die Wirtschaft und die KMU sollen gute Rahmenbedingungen vorfinden. Und natürlich muss man bei all dem immer auch an die Umwelt denken. Die Vorstellungen von Rahel Graf Bianchi, wie sich Pratteln entwickeln soll, gefallen uns. Wir empfehlen Sie daher als Gemeindepräsidentin.

Benedikt Schmidt, Präsident Unabhängige Pratteln



Eine junge Stimme gegen die Verschärfung des Zivildienstgesetzes

Am 14. Juni kommt es zu einer Abstimmung über die Verschärfung des Zivildienstgesetzes. Betroffen sind junge Männer, die mit dem Militärdienst begonnen haben und dann zum Zivildienst wechseln.

Für das Militär liegt das Problem darin, dass Zeit und Geld in jemanden investiert werden, der abwandert, ohne einen endgültigen Gegenwert zu liefern.

Um dieses Problem anzugehen, wird nicht das Militär aufgewertet, sondern eine weitere Hürde eingebaut, um in den Zivildienst zu wechseln. Ich empfehle ein Nein. Wie beim Dating kommt es auch bei einer Entscheidung gegen das Militär auf die inneren Werte an. Das Problem liegt nicht im Zivildienst, es kann gar nicht durch den Zivildienst gelöst werden, sondern liegt an der Unflexibilität des Militärs. Das Militär kann nur besser werden, wenn es seine eigenen Probleme angeht. In dieser Form ist die Abstimmung am 14. Juni ein Angriff auf einen wichtigen und funktionierenden Dienst und muss an der Urne mit einem Nein quittiert werden. Niemand wird in der Schweiz von einer Verschärfung des Zivildienstgesetzes profitieren. Die Probleme des Militärs sind mannigfaltig und werden

bestehen bleiben. Das Angebot des Zivildienstes wird schlechter, worunter viele Schweizer Organisationen leiden, die vom Zivildienst Gebrauch machen. Und am schlimmsten trifft es junge Schweizer, die unglücklich in einem Militärdienst gefangen sind, dem sie nicht entkommen können. Oder, im schlimmsten Fall, der aktiv ihren Beruf oder ihr Studium schädigt.

Lino Maurer

ZÄMME. VORWÄRTS. BASELBIET.

PHILIPP SCHHOCH
IN DEN REGIERUNGSRAT